

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kohlenkrise in Frankreich.

Paris, 22. Februar. (EE) Heute wird in Paris ein Kohlenkongress unter Vorsitz Le Troquers eröffnet werden. Mit der Berichtserstattung war Pallez beauftragt worden, doch lehnte er dies aus persönlichen Gründen ab. Er gab jedoch dem Vertreter des „Echo de Paris“ sehr wichtige Erklärungen ab, in denen er sagte: Im Winter 1922/23 haben sich die Kohlen rar gemacht. Auch die französische Kohle wurde in den Monaten Oktober und November knapp. Seit der Ruhrbesetzung hörten die deutschen Kohlenlieferungen auf. Die Versorgung der Industrie mit Heizmaterial wird immer schwieriger. Infolgedessen mühen die metallurgischen Werke ihre Tätigkeit um ein Drittel einzuschränken. Der englische Markt ist mit Aufträgen überhäuft. Von französischer, belgischer und deutscher Seite wird er mit Aufträgen geradezu überflutet. Die Folge ist eine Erhöhung des Kohlenpreises, die in Folge der Steigerung des Pfandwertes sich noch steigern wird. Die französische Kohle deckt zwei Drittel der Bedürfnisse. 40 bis 60 Millionen Tonnen werden in Frankreich jährlich gewonnen, die jedoch für den französischen Verbrauch vollkommen ungenügend sind. Frankreich muß also einführen. Der Koks aus dem Ruhrgebiet ist unbedingt notwendig, denn auf Belgien kann man nicht rechnen, weil es mehr Kohle braucht, als es selbst fördert. Trotz des guten Willens der Belgier können sie die Aufträge, die sie entgegengenommen haben, nicht ausführen.

Die englischen Delegierten im Ruhrgebiet.

Ein Vorschlag zur Lösung der Ruhrfrage.

London, 22. Februar. (EE) Die vier Mitglieder der englischen Arbeiterpartei, die das Ruhrgebiet bereist hatten, sind nach London zurückgekehrt und erstatteten ihren Bericht, in dem es heißt, daß die Stimmung im Ruhrgebiet sehr erbittert sei. Die Deutschen seien entschlossen, den Besatzungstruppen große Verlegenheiten zu bereiten. Die französischen Soldaten seien sehr nervös. Insbesondere die Bergarbeiter glauben an die Niederlage Frankreichs. Die Arbeiter seien überzeugt, daß Frankreich sich in drei Monaten aus dem Ruhrgebiet werde zurückziehen müssen. Aber in anderen Kreisen der Bevölkerung herrsche nicht dieselbe Ansicht. Die deutschen Kapitalisten täuschten ihre Arbeiter, die sie glauben machten, daß sie die Reparationen nicht bezahlen könnten. Die französischen Kapitalisten täuschten ihre Arbeiter, indem sie ihnen erklärten, daß sie Deutschland zum Fall bringen könnten.

Die Mitglieder der Arbeiterpartei schlagen eine Internationalisierung der deutschen Bergwerke vor. Die Verwaltung der Bergwerke würde von einem internationalen Direktorat besetzt werden. Die Kohlen würden auf den bisherigen Märkten weiter verkauft werden. In gleicher Weise würden die Diabenden verteilt werden. Frankreich würde unter internationaler Kontrolle zu seiner nationalen Sicherheit gelangen. England seinerseits würde Schutz gegen die Weltkonkurrenz genießen, der es ausgeht sei, wenn es zu einer Vereinigung des lothringischen Erztes mit der Ruhrkohle kommen würde.

Lord Cecil will abwarten.

London, 22. Februar. (WTB) Lord Robert Cecil (der neue Vertreter Englands im Völkerbund) sagte in einer Rede in Cambridge, die erste Gefahr bestehe, daß der Völkerbund zu einer Gruppe von Staaten werde, anstatt ein Organ aller zu sein. Er glaube, daß die Lösung der Ruhrfrage schließlich vom Völkerbund übernommen werden müsse. Es bestehe aber große Gefahr, die Möglichkeit einer Lösung zu vernichten, wenn man nicht den rechten Augenblick für die Vermittlung abwarte.

Keine Veränderung im englischen Kabinett.

London, 22. Februar. (WTB) Die Gerüchte über baldige Veränderungen im Ministerium haben Anlaß zu einer anscheinend inspirierten Mitteilung gegeben, in der diese Gerüchte als unbegründet oder mindestens verfrüht bezeichnet werden. Horne habe gegenwärtig nicht den Wunsch, in das Ministerium zurückzukehren. Chamberlain lehne zur Erholung nach Südfrankreich und Lord Cecil wolle Mitte März nach Amerika reisen, um dort für den Völkerbund zu agitieren.

Vorstoß der englischen Konservativen gegen Deutschland.

London, 22. Februar. (WTB) Im Unterhaus frönte das Mitglied der Arbeiterpartei Leach den Premierminister, ob Mitteilungen zwischen der britischen Regierung und der französischen Regierung bezüglich der Besetzung des Ruhrgebietes erfolgt seien, ob irgendein Versprechen seitens der französischen Regierung über die Art und die Dauer der Besetzung gegeben worden sei, das es auch klar mache, daß, sobald ein Uebereinkommen erzielt werde, Frankreich alle politischen Ziele betreffs des deutschen Gebietes aufgeben würde. Bonar Law erwiderte, die britische Regierung habe kein Versprechen seitens der französischen Regierung bezüglich der Dauer der Ruhrbesetzung erhalten. Was die Art der Besetzung betreffe, so habe die französische Regierung der britischen Regierung eine Abschrift ihrer Note vom 10. Januar an die deutsche Regierung übermittelt, worin die geplanten Maßnahmen mitgeteilt wurden. In dieser Mitteilung heiße es, daß der Zweck der Besetzung sei, die Durchführung des von der Reparationskommission aufgestellten Zahlungsplanes zu sichern.

Davison (Konservativ) fragte, ob die britische Regierung von den deutschen Gerichten bezüglich der Kriegsschuldigen getroffenen Entscheidungen befriedigt sei und welche weitere Aktion unternommen werde, um die Liste der Kriegsschuldigen zu erledigen, über die noch nicht verhandelt worden sei. Mac Reill erwiderte, die Antwort auf den ersten Teil der Frage

laut verneinend, und bezüglich des zweiten Teiles sei er nicht in der Lage, eine Erklärung abzugeben. Davison fragte weiter, ob das Versäumnis seitens Deutschlands, die deutschen Kriegsschuldigen zu bestrafen, nicht einer der Gründe gewesen sei, den England im Jahre 1921 veranlaßt habe, die Besetzung des Ruhrgebietes zu billigen, und weshalb dieser Grund nicht jetzt hinreichend sei. Mac Reill erwiderte, es sei ihm bekannt, daß das Versäumnis einer der Gründe gewesen sei, die den früheren Premierminister beeinflusst hätten.

Minister sollen verhaftet werden!

Deutsche Polizeibeamte sollen Värtel spielen.

Essen, 22. Februar. (WTB) General Degoutte hat einen Befehl erlassen, nach dem den deutschen Ministern der Aufenthalt im Einbruchgebiet verboten ist. Die Polizeiorgane und die öffentlichen Organe sind angewiesen, die Minister, falls sie das Einbruchgebiet betreten, festzunehmen (1) und den Militärgerichten der Besatzungstruppen zuzuführen. Falls das nicht geschieht, werden die angeordneten „Sanktionen“ (Bestrafung der Städte und Ortschaften) durchgeführt werden.

Es scheint, als ob es dem General Degoutte hauptsächlich auf die Geldstrafen ankäme, die er von den Städten erpressen möchte. Denn, daß deutsche Beamte seinem Befehl leisten und deutsche Regierungsmglieder den französischen Militärgerichten ausliefern würden, das glaubt Degoutte doch selbst nicht.

Ungünstige Verordnung der Rheinlandkommission.

Nach einem Erlaß des Reichspostministers ist die Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission vom 2. Februar über den von der Rheinlandkommission gewährten Schutz für die Beamten, Angestellten und Privatpersonen, die sich den Spezialordnungen der Rheinlandkommission und den späteren Verordnungen über die Beschlagnahme von Pändern unterworfen haben, ebenso rechtswidrig wie die Verordnungen selbst. Die Verordnung vom 2. Februar ist daher auch im allbestehenden Gebiet von den Beamten, Angestellten und Arbeitern nicht zu beachten. Eine Berufung auf diese Verordnung schützt die Beamten usw. nicht vor der Anwendung der deutschen Gesetze oder disziplinarischer Maßnahmen.

„Reine Straßen“.

Paris, 22. Februar. (WTB) Heros meldet aus Koblenz: Der Zoldirektionsausschuß der Interalliierten Oberkommission habe für den Verkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem nichtbesetzten Deutschland eine Anzahl von sogenannten „reinen Straßen“ bestimmt. Jede Warenbeförderung auf anderen Wegen sei in aller Form verboten, wäre als Betrug anzusehen und ließe die vorgesehenen Strafen nach sich, wenn Kontrebande ein- oder ausgeführt werde. Jeder Verkehr zwischen 7 Uhr abends und 7 Uhr morgens sei auch auf den legalen Straßen verboten.

Nachtverkehr in Mainz verboten.

Paris, 22. Februar. (WTB) Nach einer Havasmeldung aus Mainz hat der Oberdelegierte der Interalliierten Rheinlandkommission gestern für den Abschnitt Mainz bis auf weiteres den Nachtverkehr in dem Gebiete der Stadt Mainz zwischen 9 Uhr abends und 5 Uhr morgens verboten mit der Begründung, daß an den Telegraphen- und Telefonleitungen Saboteurakte begangen worden seien.

Französische Anleihepläne in England.

Frankfurt a. M., 21. Februar. (WTB) Wie der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ erfährt, versuchen seit zwei Tagen in London anwesende finanzielle Agenten Frankreichs einer französischen Anleihe den Weg zu bereiten, wofür sie 7proz. Goldbonds vorschlagen. Wie der Londoner Korrespondent hört, besteht wenig Aussicht, daß sie Geld bekommen, obwohl ein bekanntes internationales Bankhaus an sich nicht abgeneigt sei, die Bonds in England zu placieren. Die Agenten erhielten bereits eine Ablehnung in Amerika und werden weiterhin in Skandinavien ihr Glück versuchen. Andere französische finanzielle und industrielle Interessenten sind zurzeit bemüht, englische Kreise für einen großzügigen Plan zwecks gemeinsamer Ausbeutung der besetzten rheinischen Provinzen bzw. der zu gründenden „Rheinischen Republik“ zu gewinnen. Das Angebot sieht in präziser Form die kapitalistische und industrielle Beteiligung Englands an den von Frankreich beherrschten Industriezentren vor und richtet sich insbesondere an eine Gruppe von englischen Wirtschaftsführern. Die Verhandlungen, die von der oben erwähnten Finanzaktion unabhängig sind, sind unbedingt ernst zu nehmen.

Ein Schwindler. Kürzlich berichteten wir über die Ausweisung eines Wertmeisters Menz aus Asbach (Westerwald). Der Deutsche Wertmeisterverband, der die Parteipresse um diese Veröffentlichung ersucht hatte, ist der Sache auf das genaueste nachgegangen. Er hat dabei festgestellt, daß die Darstellung des Menz von Anfang bis Ende erlogen ist.

Dollar 23000.

Der Berliner Devisenverkehr wurde heute sehr stark durch die herrschende Geldknappheit beeinflusst. Die Umsätze sind sehr gering. Der Dollar wurde gegen Mittag mit 23000 angeboten. An der Effektenbörse rechnet man für morgen mit einer sehr stillen und faulen Börse. Die Goldanleihe bleibt weiterhin das Gesprächsthema der Börsenbesucher. Ueber ihren voraussichtlichen Erfolg gehen die Meinungen nach wie vor weit auseinander.

Amerikanische Stimmungen.

Von Dr. Reinhard Siederer.

Marchfield Wisc., Ende Januar.

Ueber eines erstaune ich bei meinen Reisen im Lande hier immer wieder von neuem, das ist die Unkenntnis von den politischen Wandlungen in Deutschland, die Unkenntnis unserer neuen Verfassung und der neuen Richtlinien der deutschen Politik. Letzteres ist noch am ehesten zu begreifen, denn bei den ewigen Regierungswechseln in Deutschland haben sich ja wirklich klare, überzeugende Richtlinien noch gar nicht herausarbeiten lassen. Am ehesten war noch der Name BIRTH ein Programm. Aber als dieses eben anfang, verstanden zu werden, trat Dr. BIRTH zurück. Nun sollte doch wenigstens die neue republikanische Verfassung im Laufe von drei Jahren zu einem Faktor der auswärtigen deutschen Politik gemordet sein. Daß sie es nicht wurde, dafür kann man wohl den offiziellen Vertretern der neuen deutschen Republik im Auslande hier die schwersten Vorwürfe nicht ersparen. Sie haben nichts getan und alles unterlassen, um den letzten Sinn der deutschen Revolution deutschamerikanischen wie englischamerikanischen Kreisen verständlich zu machen. Und dabei wäre wirklich die Aufgabe gar nicht so schwer zu lösen. Wie lebendig sind hier noch unter den Deutschamerikanern die Erinnerungen an 1848, wie manchen traf ich, der noch von seinem Vater her oder gar noch aus seinem eigenen Leben die eindrucksvollste Erinnerung an jenen politischen Frühling Deutschlands hatte. Und einen Mann wie Karl Schurz haben viele noch persönlich kennen gelernt und reden gehört. Hätte doch Deutschland das geistige Kapital, das in solchen politischen Köpfen zu seiner Verfügung stand, lieber ausgenutzt, statt es niederzuküßeln oder über den Ocean zu jagen! In den Händen solcher Männer wäre unter nationales Schicksal aller Wahrscheinlichkeit nach um einiges klüger verwaltet worden als in den Händen beschränkter Generale und eigennütziger Dynastien. Mir scheint es fast noch wichtiger, daß man einen Abdruck unserer neuen Verfassung jedem Deutschamerikaner in die Hände gäbe, als unseren Schulkindern daheim.

Politisch kann man die Stimmung hier wohl ungefähr folgendermaßen charakterisieren: Die Amerikaner fangen an zu erkennen und zu einem großen Teil auch schon zu begreifen, daß Amerikas kriegerisches Eingreifen in Europa ein Fehler war. Von dem verstorbenen Präsidenten Wilson und seinen 14 Punkten spricht man stellenweise ganz offen als von einer großen Blamage. Trotz der American League ist die Stimmung der heimgekehrten Soldaten für Frankreich und England nicht sehr freundlich, für Deutschland nicht ungünstig. Man hat in deutschen Quartieren bessere Erfahrungen gemacht als in französischen, namentlich was die Sauberkeit anbetrifft. Der französische Militarismus sorgt ja nun auch selbst dafür, daß er über alle Ozeane hinweg deutlich erkannt werden kann. Allgemein verbreitet ist die Ansicht, daß das amerikanische Kapital, weil es sich so eng mit dem englischen Interesse verbunden hatte, zuletzt das amerikanische Volk in den Krieg beugen mußte, um sein Geld zu retten. Die verbrecherische Propaganda gegen Deutschland verliert deshalb sichtlich von ihrer Wirkung, wozu auch beiträgt, daß England heute das Spiel Frankreichs nicht mehr mitspielt. Auch hinter der American League vermutet man übrigens vielfach amerikanisches Kapitalinteresse. Deutlich ist auch die Stellung von Samuel Compers, der selbst heute noch nicht von der französischen Wajonspolitik abrücken will. Aber man ist in sozialistischen Kreisen andererseits nicht davon überrascht, weil man die konservative Gesinnung des Mannes seit langem kennt und weil man von den Führern der Gewerkschaften leider glaubt annehmen zu müssen, daß sie häufig kapitalistische und stellenweise sogar egoistische Gesichtspunkte über das Interesse der Arbeitermassen stellen, von internationalen Ideen gar nicht erst zu reden.

Die amerikanische Politik steht eben noch tief im alten Manchester-Liberalismus. Vielleicht ist das 18. Amendement zur Verfassung, das staatliche Alkoholverbot, das erste Aufwachen des sozialen Bewusstseins, aus dem sich nach und nach weitere Einschränkungen der sogenannten „persönlichen Freiheit“ zugunsten sozialer Verpflichtungen ergeben können. Manches mag auch der Krieg dazu beigetragen haben, um die Augen für die Gefährlichkeit des Kapitalismus zu öffnen. Man kann darüber hier auch in kirchlichen Kreisen so scharfe Urteile hören, daß es einem überrascht, wenn man die vorwiegend reaktionäre Haltung der deutschen Staatskirche kennt.

Als ein schweres Hindernis für den Fortschritt sozialistischer Erkenntnis erweist sich leider auch hier der Kommunismus. Er erfüllt einen großen Teil der Arbeiterschaft mit naiven Illusionen. Man erzählt sich, daß Lenin daran dachte, hier die Negerbataillone für den Kommunismus mobil zu machen. Die Arbeiterbewegung wird so auch hier zersplittert und ein großer Teil der Arbeiterschaft durch leere Träumereien zur energielosen Abkehr von den möglichen Aufgaben der Gegenwart verleitet. Andererseits verschwimmt in den Augen des Bürgertums die Grenze zwischen Sozialismus und Kommunismus, und die Angst vor beiden erschwert nicht nur das Vordringen des amerikanischen Sozialismus, sondern auch ein besseres Verständnis Amerikas für die deutsche Republik, in welcher der Sozialismus eine entscheidende Rolle spielen kann.

Das schwerste Hindernis aber für eine Verständigung Deutschlands mit Amerika liegt nach wie vor darin, daß auch das neue Deutschland immer noch nicht nachdrücklich genug die

Verantwortung für die kaiserliche Politik von sich abschüttelt. Die deutsche Großmütigkeit erdrückt in tiefen deutsch-amerikanischen Kreisen immer noch die Stimmen der Vernunft. Und unsere offiziellen Vertreter gehen mehr mit diesen Kreisen als mit den geistigen Erben der 48er Ideen, als mit den deutsch-amerikanischen Republikanern. So schleppt auch das heutige Deutschland immer noch die Bleikugel der Verantwortung für den U-Boot-Krieg, für die wahnwitzige Annexionspolitik Ludendorffs, für den deutschen Militarismus mit sich. Sobald man in englisch-amerikanischen Kreisen diese Bleikugel der heutigen deutschen Republik abnimmt, ist die Verständigung gar nicht mehr schwer.

Einer deutschen Republik, die wirklich demokratisch sein will die wirklich in Frieden mit den Amerikanern zusammen an der Schaffung einer besseren Weltordnung einschließlich der Korrektur des Versailler Friedens arbeiten will, kommt man schon sehr mit vollem Verständnis entgegen, gerade auch in bürgerlichen Kreisen. Bei den Sozialisten finden die Sozialisierungsparagrafen unserer neuen Verfassung lebhaftes Interesse, und man versteht, welches Verbrechen der französische Kapitalismus begeht, wenn er das deutsche Volk mit Waffengewalt an der Ausführung solcher schönen Aufgaben hindert. Es ließe sich hier politisch leicht und viel wirken, wenn statt der Vertreter alldeutsch-imperialistischer Ideen lieber einmal Vertreter unserer republikanischen Geisteswelt hier aufträte. Die Äußerungen des amerikanischen Botschafters in Berlin haben hier ein starkes Echo gefunden, wonach das deutsche Volk an der Entstehung des Weltkrieges ebenso unschuldig ist wie die anderen Völker, wonach nur ein paar tausend Militaristen und alldeutsche Schreier die Kriegsstimmung künstlich erzeugten. Wenn aber dann hier deutsche Vertreter erscheinen, die, statt solchen Eindruck zu vertiefen, ihn wieder verwischen, indem sie mit dem deutschen Volk zugleich jene Säbelrassler und Landkartenereschlinger zu rechtfertigen versuchen, dann ist es natürlich dem Auslande außerordentlich erschwert, sich ein besseres Bild vom heutigen Deutschland und vom wirklichen deutschen Volk zu machen.

Während diejenigen Kreise in Amerika, die die französischen Methoden billigen, größtenteils Stillschweigen bewahren, sind kritische Stimmen zahlreich laut geworden. Der frühere amerikanische Vertreter in der Rheinlandkommission, Pierrepoint B. Hayes, hat in einer vor der Foreign Policy Association gehaltenen, von der Presse sehr ausführlich behandelten Rede seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß es nur noch zwei Staaten gäbe, die in finanzieller und moralischer Hinsicht stark genug seien, in der Weltfrage wirksam Hilfe zu leisten: Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Weiter führte er nach dem Bericht von „Foreign Press Service“ unter anderem aus:

Unsere Sympathie ist wie 1918 mit Frankreich. Wir mißbilligen die Taten Deutschlands, aber die letzten vier Jahre haben bewiesen, daß wir mit unseren Verfahren und Verfahren, jener Sympathie und jener Mißbilligung Wirkung zu verleißen, im Unrecht waren. Diese Verfahren sind nunmehr erledigt. Die Beharrlichkeit, mit welcher Frankreich sich bei seinen militärischen Maßnahmen auf die übertriebenen Nachkriegshalluzinationen der Alliierten verließ, stellt nicht nur eine Bedrohung der Zivilisation dar, sondern auch, um ganz offen zu reden, eine Bedrohung des Friedens und Wohlergehens unseres eigenen Volkes. Wir an unserem Teile werden deshalb Reparationen und Sanktionen vorsehen, bis eine Zeit mit wieder normalen Verhältnissen eine neuerliche Prüfung der Forderungen der Gerechtigkeit gestattet. Wir, Engländer und Amerikaner, beklagen hiermit die Reparationsmaßnahmen, wie sie der Versailler Vertrag vorsieht. Wir raten Frankreich, seine Truppen aus dem Ruhrgebiet und ebenfalls aus dem Rheinland zurückzuziehen. Wir raten Frankreich, seine militärischen Streitkräfte auf ein Maß zu reduzieren, das die fernere Möglichkeit militärischer Lösungen ausschließt.

Noch weiter als Mr. Hayes geht in seiner Kritik Senator Borah, der die französische Ruhrpolitik als „ruchlosen Militarismus“, als Verletzung der Waffenstill-

standsbedingungen und des Vertrages von Versailles und als „Vergehen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnet. Auch er fordert, daß die Vereinigten Staaten endlich ihrer Haltung durch einen förmlichen Protest bei Frankreich Ausdruck verleihen. Er erklärt:

Dies ist eine Frage, in welcher die Vereinigten Staaten mit Ehren nicht mehr schweigen können. Auf die von Wilson verkündeten amerikanischen Grundsätze hin ist der Waffenstillstand unterzeichnet worden und auf sie hin hat Deutschland seine Waffen niedergelegt. Unsere Soldaten sind es gewesen, welche die Niederlage und Entwaffnung Deutschlands möglich gemacht haben. In jenen Verlautbarungen und Grundsätzen haben wir offiziell und oftmals erklärt, daß wir mit dem deutschen Volk als Volk keinen Streit hätten, sondern ein Gefühl der Sympathie und Freundschaft ihm gegenüber hegten. Mit anderen Worten: Wir lieferten die Soldaten und wir lieferten die Grundsätze, auf die hin der Waffenstillstand abgeschlossen wurde, der die Entwaffnung und Wehrlosmachung Deutschlands zur Folge hatte, und wir haben auch ganz bestimmte Zusagen hinsichtlich der Behandlung Deutschlands abgegeben. Nachdem dies alles stattgefunden hatte und nachdem Deutschland entwaffnet und ohnmächtig gemacht worden war, ist man in sein Gebiet einmarschiert und hat dort ein militärisches Regiment aufgerichtet, was alles unbefriedigendes Leid und unsagbares Elend über das deutsche Volk als solches bringt und überdies große finanzielle und wirtschaftliche Verluste für uns selbst bedeutet.

Es braucht kaum erst gesagt zu werden, daß aus solchen Äußerungen auf augenblickliche Interdiktionsabsichten Amerikas keineswegs geschlossen werden darf. Es handelt sich um Stimmungen, die erst ausreifen und durch eine vernünftige Politik Deutschlands gefördert werden müssen, bevor sie sich in Taten umsetzen können.

Der Dolch wird gewetzt.

Deutschnationale Bege gegen die Sozialdemokratie.

Ueber die Frage, ob, wann, über was verhandelt werden kann, bestehen begreiflicherweise zwischen unserem Stettiner Parteigänger, dem „Volksboten“, und der deutschnationalen „Bommarschen Tagespost“ Meinungsverschiedenheiten. Der „Volksbote“ hatte in ruhiger, sachlicher Weise den Standpunkt vertreten, daß jede Verhandlungsmöglichkeit ausgenutzt werden müsse, zugleich aber auch gesagt, daß das Ende des Ruhrkampfes unter erträglichen Umständen herbeigeführt werden müsse, und er hatte hinzugefügt, solange sich hierfür keine Gelegenheit zeige, sei es überflüssig, nach Verhandlungen zu rufen. Die „Tagespost“ ist nun mit dieser Auffassung unzufrieden, weil sie der Meinung ist, von Verhandlungen dürfe überhaupt nicht die Rede sein, solange die Franzosen im Ruhrrevier wären. Und nun sehe man, wie sich die „Tagespost“ mit dem „Volksboten“ über diese Meinungsdivergenz auseinandersetzt. Sie schreibt:

Es ist ja überhaupt geradezu ein deutsches, ein Menschheitsrätsel, daß die Volksoberkeit noch immer wagen dürfen, sich mausig zu machen, nach den grandiosen, von ihnen erzielten „Erfolgen“. Wäre derlei irgendwo in anderen Ländern möglich, denn gerade in jenem des deutschen Reich?

Es ist nach allem ersichtlich, wach' impertinentes Spiel hier getrieben wird. Ein Spiel, das nichts anderes als Verrat am deutschen Volk ist. Der Dolch wird gewetzt. Wehe, wenn sich ein Teil unserer Arbeiterschaft abermals betören lassen sollte, wie schon einmal. Das Verhandlungsabkommen, das über dem deutschen Land und Volk schwebt, würde sich vollenden, wenn wir auch diesmal die Waffen fünf Minuten zu früh aus der Hand legten! Was hier im „Volksboten“ geschieht, ist ein Zug im verräterischen Spiel, ein Spiel mehr in der Sanktionsfalle, die abermals dem Deutschen angelegt werden soll und diesmal so fest und gründlich, daß keine Hoffnung auf Freiheit mehr aufkommen möchte. Warum aber dieses? Warum die fortgesetzten Versuche, die Abwehrfront zu erschüttern, die Bevölkerung zu entnerven, willenlos zu machen, den Zusammenbruch herbeizuführen? Die roten Telle schwimmen weg, im Ruhrland sind sie zum größten Teil bereits, man fürchtet die erwachte Freiheitssehnsucht, weil ihre Erfüllung nicht nur Freiheit vom Franzosenjoch, sondern auch

von dem der Sozialdemokratie in sich schließen würde. Und wo bleiben dann all die Pfunden- und Futterkrippenläger, die Nutznießer der Revolution? Das ist es: Uns, dem deutschen Volk, geht es um Freiheit und Leben, den Karzisten um ihre Herrschaft über verwegte Wägen.

Wir haben uns kürzlich mit dem Treiben der sogenannten „Vaterländischen Verbände“ beschäftigt müssen. Wir haben dann gezeigt, wie die „Hamburger Nachrichten“ durch Uebernahme französischer Propagandaaliquen über den „Vorwärts“ — dessen Haltung den „Hamburger Nachrichten“ doch eigentlich bekannt sein muß — die öffentliche Meinung vergiften. Der Fall der „Pommerschen Tagespost“ ist nur ein zufällig herausgegriffenes Glied aus einer endlosen Kette.

Sozialdemokratische Arbeiter und Angestellte stehen an der Ruhr vorne an der Front, sozialdemokratische Beamte wirken dort an verantwortlicher Stellung unter schwerster Gefahr, sozialdemokratische Redner bereisen das Ruhrrevier, sozialdemokratische Zeitungen werden dort verboten, sozialdemokratische Redakteure verhaftet und von Haus und Herd gejagt. In Berlin, in Hamburg, in Stettin, überall, wo man weit vom Schuß ist, wird inzwischen mit irrsinnigen Lügen, mit schmutzigen Beschimpfungen zu tödlichem Haß gegen die eigenen Angehörigen, die draußen im Feuer stehen. Wohin soll das führen? Wir richten an alle, denen es mit ihrer Liebe zum deutschen Volk ernst ist, die Aufforderung, sich diese Frage noch rechtzeitig gründlich zu überlegen.

Was hier geschieht, ist ein Verbrechen, und was daraus droht, ist die Katastrophe.

Selbstmord der Sozialdemokratie!

Oder: Kommunistische Phantasien?

Ueber eine Konferenz der preussischen Oberpräsidenten in Berlin sind allerhand Gerüchte in die Öffentlichkeit gedrungen, die Wahres und Falsches vermischen. Diese Gerüchte sind in verzerrter Form auch in die Redaktion der „Roten Fahne“ gelangt und haben dort die größte Verwirrung angerichtet. Es wird dort erzählt, daß Seck: den Bürgerkrieg organisiere und daß die Sozialdemokratie mit im Komplott sei. Dann werden die Namen Korbach, Marloh, Hüter, Seering, Koste, Hüterling bunt durcheinandergewürfelt, so daß man nicht mehr sieht, wo der eine anfängt und der andere aufhört; es wird schließlich erklärt, die Sozialdemokraten seien in den Klauen von Cuno und Seck, sie üben — schon wieder einmal — „Verrat“, und zwar diesmal „aus Freiheit“. Soweit es möglich ist, aus dem Geschwätz einen Sinn zu erkennen, ist die Sozialdemokratie nach der Meinung des Schreibers im Begriff, den Bürgerkrieg gegen sich selbst zu organisieren, also den sozialdemokratischen Selbstmord zu verüben. Wie muß es im Gehirn von Menschen aussehen, die so etwas schreiben oder gar — die es glauben!

Zur Frage der militärischen Geheimorganisationen werden die sozialdemokratischen Redner im Reichstag bei der Beratung des Reichswahlgesetzes in ungewohnter Weise Stellung nehmen.

In Bayern spricht man frei!

Freispruchreaktionärer Redakteure durch das Volksgericht.

München, 22. Februar. (U.) Vor dem Volksgericht hatten sich der Schriftsteller Joseph Cerny, Stolzinger und der verantwortliche Schriftsteller des „Heimatlandes“, Hauptmann a. D. Wilhelm Weiß wegen Aufreizung zum Klassenhaß, Aufforderung zum Hochverrat und zur Brandstiftung zu verantworten. Schriftsteller Cerny erklärte, der Klassenkampf sei eine sozialistische Erfindung, die das deutsche Volk in namenloses Unglück gestürzt habe. Der Abwehr kommunistischer Angriffe habe kein Auftrag geblieben. Hauptmann a. D. Weiß schloß sich diesem Standpunkt an. Die Bekämpfung des roten Terrors sei kein Klassenkampf, sondern eine Abwehrmaßnahme gegen den Klassenkampf, gegen die Umsturz-bewegung zur Eroberung der politischen Macht mit ungesetzlichen Mitteln. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 70 000 M. und im Nichtbringungs-falle eine Gefängnisstrafe von 200 Tagen. Hiernach wurde das Urteil gefällt; es lautete auf Freisprechung beider Angeklagten.

weitere Jahrzehnte mit unverminderter Listkraft und Hingabe seines Amtes walten und wäge zugleich eine jüngere Generation an seinem Beispiel lernen, was Energie und Idealismus gegen alle Hemmungen der Umwelt durchsetzen können! Dr. A. G.

Französische Wiße über die Ruhraktion. Während die nationale Presse Frankreichs die Vorgänge im Ruhrrevier in ernst gemeinten Artikeln preist, können einige Pariser Blätter nicht umhin, sich über die Politik des Herrn Poincaré und die Taten seiner in ein mehr- und waffenloses Land eingebrochenen Feldscharen lustig zu machen. — Ein Blättchen bringt in großer Aufmachung das Telegramm einer Agentur, die triumphierend überliefert: „In Paris ist jetzt endlich die erste Kohle aus dem besetzten Ruhrrevier angekommen. De Trocquer hat sich bereit, sie in der Deputiertenkammer auszustellen. Es ist ein sehr schönes Stück, das mindestens 250 Gramm wiegt. Die Kohle wurde von dem donnernden Applaus der Abgeordneten begrüßt! Nachdem sich der Beifall gelegt hatte, erklärte der Minister: „Meine Herren! Sie sehen, Deutschland bezahmt wirklich, und diesmal zahlt es nicht in leeren Worten, sondern, wie das Kohlenstück beweist, in realen Werken.“ — Eine andere Notiz besagt: „Die Deutschen, deren Schwierigkeiten zu bereiten geglaubt, daß sie die Bergleute im Ruhrrevier zum Streik zwingen. Sie haben dabei gehofft, die Okkupationsarmee des Heißhoffs zu berauben und unsere Ingenieure durch die Räte zum Rückzug zu zwingen. Glücklicherweise ist dieser Höllenplan durch die Unerschrockenheit unserer Regierung verhindert worden. Ueber den Pan unterrichtet, hat Herr Poincaré unverzüglich befohlen, daß 20 000 Tonnen Kohle, die im französischen Kohlenbecken von Angin zur Verfügung bereitlagen, um nach Paris zu kommen, sofort nach der Ruhr auf den Weg gebracht werden.“ — Ein anderes Blatt meldet aus Essen folgende dramatische Affäre: „Seit längerer Zeit schon hatte man gegen eine Frau Storchmann, die Vorleserin einer Bedürfnisanstalt, den Verdacht, daß sie den „Temps“ und andere für das Glück der Republik kämpfende Blätter zu einem Zweck mißbrauche, der einer Verhöhnung der edlen französischen Nation gleichzusetzen sei. Der Verdacht hat sich in vollen Umfang bestätigt. Nach peinlich geführter Untersuchung wurde Frau Storchmann der Ausweisungsbefehl zugestiftet. Da man Demonstrationen befürchtete, so wurde die Umgebung der Bedürfnisanstalt von je zwei Infanterie- und Kavallerieregimentern und zwölf Batterien besetzt, während ein hoher Offizier der Gendarmen in Begleitung eines Trompeters Frau Storchmann aus der Bedürfnisanstalt herausholte und sie unter starker Bedeckung abführen ließ. Am nächsten Tage kam aus Paris eine neue Hüterin der Anstalt an in der Person der Witwe Desnoy, der es auch bereits gelungen ist, eine große Stellung der Einnehmen zu erzielen. Da sie den glücklichen Einfluß hatte, in der Anstalt einen kleinen Kinosalon anzuordnen, der die Besucher durch die Vorführung besserer Szenen annehmlich unterhält, annehmlicher, als es der „Temps“ und die anderen Pariser Blätter vermöchten.“

Berliner Sinfonie-Orchester. Am Wagner-Abend am 26. d. M. im Bläser-Orchester. Saal mit Frau Hilbrand. Sinfonie (Gesang) als Solistin mit. Dirigent: Camille Dittmann.

Gedanken eines Zufriedenen.

Mitgeteilt von Karl Fischer.

Dieses sind die großen und guten Gedanken eines Zufriedenen, die er unlängst vor einem kleiner und beschränkter Kreis verteidigt hat. Damit sie einer breiten Öffentlichkeit bekannt und von der Allgemeinheit benutzt werden können, seien sie hier wiedergegeben:

Die meisten Menschen von heute sind sentimental bis zur Schwelgerei.

Ueberall sieht man sie sitzen und hört sie jagen und klagen, daß die Zeiten gräßlich und die Preise für alle Dinge unerträglich groß seien.

Ich bin satt, also kann ich über dieses Thema mit Klarheit und Wahrheit urteilen, denn Hunger und Haß, schiefe Ansichten und vornehmliches Verdammen haben von jeher auf Du und Du miteinander gefastet.

Also satt muß man sein, um hierüber als gerechter Richter zu Gericht sitzen zu können.

Das zunächst die Lebensmittel betrifft, so versteht man das Jammern und Säulen der Menschen nicht.

Lebensmittel und Stoffe und Stiefel und alles, was man braucht, ist doch in Hülle und Fülle vorhanden, wozu man sich leicht bei einem Gang durch die Geschäfte und durch einen Blick in die Schaufenster überzeugen kann.

Es ist nur selbstverständlich, daß die Waren aller Art, wenn der Dollar hoch steht und die Preise zum Fliegen hoch sind, in Geschäften und Schaufenstern in Massen aufgeschichtet sind, daß sie aber, wenn der Dollar sinkt, und die Preise in die Tiefe gehen, nach dem Keller und der vierten Etage verschwinden, um auf bessere Zeiten zu warten.

Denn jedermann will doch verdienen, viel verdienen. Verdienen ist das Vergnüglichsche, was es gibt, und die rechte Würde des Lebens.

Wenn man nun aber billig und boshaft behauptet, das sei Schiedung, und unter solchen Umständen können viele Anschaffungen sich nicht leisten, so sage ich, das ist auch gut so. Es darf nicht sein, daß sich alle alles leisten können, dadurch kommt nur der Luxus in das Leben eines jeden. Die Menschen werden übermüht und unzufrieden zur Tätigkeit, wie man es als abschreckendes Beispiel beim Arbeiter sieht, der, anstatt zu schlafen, wie es seine verdammte Pflicht ist, immer nur auf seine Menschlichkeit pocht und angepöppelt, wie ein Borein einhergehen will.

Hohe Preise müssen sein, damit die Herde nicht über die von der Natur gesetzte Hürde hinweggeht, und alle Unterschiede der Schichten vermehrt werden.

Und außerdem die Preise!

Was hört man nicht für falsche und durchaus schädliche Anschuldigungen darüber!

Die meisten Menschen können nicht rechnen, denn sonst würden sie nicht bis zur Unerträglichkeit den Unsin reden, daß die Preise unerträglich hoch sind.

Rechnen können nur alle die, welche verdienen und Geld machen, die „Schieber“, wie sie vom dummen Volk und Böbel gescholten wer-

den. Die Wahrheit ist vielmehr, daß die Preise für manche Dinge niedriger sind wie früher, viel zu niedrig.

Ich bin satt, also sehe ich das alles so an, wie man es betrachtet muß.

Zum Beispiel: Eine Fahrt mit der Stadtbahn kostet heute in der zweiten Klasse 100 M. Darüber schimpfen und schreien die Menschen, weil sie nicht wissen, daß diese 100 M. noch keine 16 Pf. bedeuten. Früher aber bezahlte man dafür 30 Pf.

Heute regt man sich darüber auf, daß die Preise für Theaterkarten und für Bücher immer mehr in die Höhe klettern, und man faßelt davon, daß den meisten Menschen die geistige Nahrung fehlt.

Ich sage, das ist ganz gut so!

Die Theater schauen die Menschen nur in einen schönen Schein hinein und entfremden sie der Wirklichkeit, die heißt: Geld machen.

Denn die ganze Geschichte mit der geistigen Nahrung ist nur Schwindel.

Ich bin satt, also kann ich das beurteilen.

Und die Bücher bringen den Menschen nur Beunruhigung.

Da stehen allerhand gefährliche Sachen drin und aufreizende Dinge, und die Folgen sind Revolution und Republik und allerhand andere verdächtige und verberbtliche Angelegenheiten.

Ich sage, wer nicht Bücher liest, der lebt glücklich, denkt daran, sein Geld zu vergrößern, ist satt und zufrieden.

Zufriedenheit aber ist das höchste Gut, was man hat.

Diese Gedanken eines Zufriedenen sind so edel und schön, daß es wahrlich ließe, sie beschreiben (hoffentlich) macht der moorscheitige Seher nicht daraus: sich beschämen, wollte man auch nur ein Wort Kommentar und Kritik daran heben!

Dr. Ernst Jander bezieht heute seinen 50. Geburtstag. Seit 20 Jahren ist er der Leiter des Berliner Volks-Chors, und die arbeitenden Schichten der Bevölkerung verdanken ihm ungezählte Stunden der Erholung und Freude. Ein Sohn des Volkes ist Jander. Nach Absolvierung der Volkshochschule wurde er Zeichner und bereitete sich zugleich selbstständig zum Abiturientenexamen vor. Nachdem er dies an einem Gymnasium bestanden hatte, begann er das Studium der Medizin, aber gleichzeitig seine private Ausbildung in der Musik. Er beschäftigte sich auch mit geisteswissenschaftlichen und nationalökonomischen Problemen und trat dem Sozialismus früh nahe. Da der Plan, nach beendeter medizinischer Staats-examen als Doktor der Medizin die Universitätslehrerlaufbahn einzuschlagen, nicht ausführbar war, wählte er als praktischer Zahnarzt beruflich tätig sein. Aber seine ganze freie Zeit widmete er seinem Lieblingsstudium, der Musik. Dem Berliner Volks-Chor, den er damals unter Mitarbeit gleichgestimmter Freunde geschaffen hat und seitdem als Dirigent leitet, hat seine Hauptarbeit. Seit 20 Jahren führt Jander Woche für Woche zwei volle Abende mit dem Chor. Dazu kommen oft die Konferenzen und Abenden mit Sinfonien und Orchestern. Die Stunden am Klavier und Schreibtisch wo die Vorbereitungen für Programme getroffen werden — ganz zu schweigen von der heftigen Inanspruchnahme, die eine solche Aufgabe dem Verantwortlichen bedeutet. Und all das wurde im Vorher — und viele Jahre hindurch nur ehrenamtlich — geleistet! Möge — das ist unser Wunsch — zum heutigen Tage — der jugendliche Jubilar noch

Delcassé gestorben.

1133a. 22. Februar. (WZB.) Der frühere Minister der auswärtigen Angelegenheiten Delcassé ist plötzlich gestorben.

Théophile Delcassé wäre am 1. März 71 Jahre alt geworden. Dieser kleine Provinzialjournalist ist zu einer der bekanntesten Persönlichkeiten Frankreichs und Europas geworden. Als Minister des Äußeren in vier Inlog-Regierungen und keineswegs nationalistisch gerichteten Ministerien (Brisson, Waldeck-Rousseau, Combes und Rouvier) betrieb er auf eigene Faust mit Geschick und Hartnäckigkeit die Einkreisung Deutschlands, wobei ihm allerdings die Tülpelhaftigkeit Wilhelms II. und seiner Regierung die besten Vorschubdienste leisteten. Es entstand dabei ein Rattenkönig von Geheimverträgen mit England, Spanien und Italien über die Teilung Nordafrikas, die bald das Tagesgespräch aller europäischen Könige wurden, bis der deutsche Kaiser mit seiner berühmten Tanger-Rede im Frühjahr 1905 das ganze Gebäude ein europäischer Krieg drohte. Damals ließen der Ministerpräsident Rouvier und die radikale Kammermehrheit, die durch die gefährliche selbständige Politik Delcassés ausrichtig überrollt waren, den Minister fallen, der sechs Jahre lang von der politischen Bühne verschwand. Aber auch das Kompromiß von Algéciras vermochte sein Werk nicht zu zerstören, es wurde vielmehr in der Marokko-Frage praktisch fortgesetzt, bis es zum Eklat von Agadir kam. Damals — 1911 — war Delcassé gerade wieder Minister geworden, und zwar hatte er das Marineamt in dem klineswegs deutschfeindlichen Kabinett Caillaux und schien seine frühere Revanchepolitik zurückgestellt zu haben.

Doch nach dem Sturz Caillaux' und der Machtergreifung durch Poincaré besand sich Delcassé bald wieder in seinem Element. Poincaré setzte auf Betreiben Swallow's den damaligen französischen Botschafter in Petersburg Georges Louis ab, dessen möglicher Einfluß den Kriegstreibern in beiden Ländern ein Dorn im Auge war, und ernannte Delcassé zum außerordentlichen Botschafter. Die wenigen Monate, die er am Hofe des Zaren verbrachte, waren zweifellos für die Entloftung Europas verhängnisvoll.

In den letzten sieben Jahren seines Lebens hat er keine aktive Rolle als Staatsmann mehr gespielt. In den Augen der internationalen Sozialisten wird er immer einer der großen Schuldigen der Vorkriegsjahre bleiben.

Die Justizdebatte.

Der Preussische Landtag fuhr in seiner heutigen Sitzung, nachdem der Gesetzentwurf zur Änderung des Stempelsteuergesetzes an den Rechtsausschuß und der Gesetzentwurf betreffend den Ausbau des Binnenschiffens in Emden an den Verkehrsausschuß gegangen war, zunächst in der zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung fort.

Genosse Dubert verlangt eine neue Abgrenzung der Zuständigkeit der einzelnen Gerichte, damit ein schnelleres und besseres Urteilen möglich werde. Die Zivilkammern der Landgerichte seien völlig überlastet. Die Zuständigkeit der Amtsgerichte müsse mindestens auf 150 000 M. erhöht werden. Das bringe dann auch eine Ersparnis an Kosten und Speise. Ferner müßten die Zeugen und Sachverständigen besser als bisher entschädigt werden. Schließlich müsse mit dem Anwaltszwang für die Amtsgerichte gebrochen werden, denn in der Regel würden nur Rechtsanwälte zugelassen. Ein Rechtsanwalt koste aber heute ein großes Stück Geld. Die Arbeiterschaft müsse fordern, daß auch endlich die Arbeitersekretäre zu den Amtsgerichten zugelassen werden.

Haben wir bei der Zivilrechtspflege — betonte Genosse Dubert — im allgemeinen wenig Befürworter, dann um so mehr bei der Strafrechtspflege. Eine Reihe von unheilvollen Urteilen liegt vor. Selbst Herr Dr. Seelmann von den Deutschnationalen hat das gestern in gewissem Grade zugegeben. Nicht nur der pekuniäre Umstand, sondern die ganze Wandlung des Volkes in intellektueller und moralischer und humanitärer Hinsicht ist an dem Richterum anscheinend spurlos vorübergegangen. Bei den Demonstrationen für die Republik hagelt es Straferfolgungen über Straferfolgungen gegen die Verbreiter. Ich erinnere nur an die Vorgänge in Erfurt. Die Stahlhelmlente bleiben ungeschoren.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Film und Koffbach-Leute im Staatsrat.

Der Preussische Staatsrat begann seine Februartagung am Dienstag mit der Beratung der Ausführungsbestimmungen zum Reichslichtspielgesetz. Der vom Staatsministerium vorgelegte Entwurf erfuhr durch unseren Fraktionsredner Genossen Weinberg eine scharfe Kritik. Der Entwurf will die durch das Reichsrecht befestigte Berechtigung der Orispolizeibehörde, die Aufführung eines von den Filmprüfstellen freigegebenen Films zu verbieten, durch eine Hintertür wieder einführen. Weiter liegt der Entwurf vor, daß nicht nur Erziehungsbedürftige und Kinobesitzer bestraft werden können, wenn Jugendliche die Vorstellungen von Filmen besuchen, die für Personen unter 18 Jahren nicht freigegeben sind, sondern daß auch die Jugendlichen selbst und zwar vor 13 Jahren an strafrechtlich herangezogen werden können. Unsere Fraktion beantragte, im Gutachten des Staatsrats auszusprechen, daß diese Bestimmung gestrichen werden soll. Das Zentrum ließ erklären, daß es aus „Gründen der Moral“ für die Beibehaltung der beantragten Abnahme in den Ausführungsbestimmungen sei. Der demokratische Redner, Oberbürgermeister Völk, sprach die Zustimmung zu unserem Antrag aus. Ein Reinergebnisverweigerer suchte die Ausführungen des Genossen Weinberg zu entkräften. Nachdem der Zentrumredner noch einmal für die gefährdete Moral eingetreten war, wurde der Antrag unserer Fraktion mit 17 Stimmen des Zentrums und der Arbeitgemeinschaft abgelehnt. Der Staatsrat nahm dann ein Schreiben des Ministers des Innern betr. die Ausübung der Sicherheitspolizei in Altona und Wandsbek zur Kenntnis. Genosse Schumann ergab dabei auf das Treiben der Koffbach-Leute in den verschiedensten Sandstellen ein und gab besonders seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß man in Altona den schon verhafteten Leutnant Koffbach wieder freigelassen hat.

	22. Februar		21. Februar	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	8877.50	9022.50	9077.25	9122.75
1 argentinische Papier-Peso . . .	8458.80	8601.20	8478.78	8621.22
1 belgischer Franc	1211.06	1218.04	1226.92	1233.08
1 norwegische Krone	4199.47	4220.53	4214.48	4235.52
1 dänische Krone	4379.02	4400.98	4413.98	4436.02
1 schwedische Krone	5699.96	6030.04	6059.81	6090.29
1 finnische Mark	610.96	614.04	613.43	616.57
1 japanischer Yen	10872.75	10927.25	10872.75	10927.25
1 italienische Lire	1102.23	1107.77	1107.22	1112.78
1 Pfund Sterling	106782.50	107297.50	107790. —	108270. —
1 Dollar	22693.12	22806.88	22942.50	23057.50
1 französischer Franc	1890.50	1408.50	1408.47	1415.85
1 brasilianischer Milreis	2598.56	2581.44	2593.50	2606.50
1 Schweizer Franc	4299.25	4310.75	4329.15	4350.85
1 spanische Pesta	8568.06	8583.04	8615.93	8634.07
100 österr. Kronen (abgr.)	—	—	82.41	82.59
1 türkische Krone	—	—	688.28	686.28
1 ungarische Krone	7.23	7.27	7.98	7.95
1 bulgarische Lewa	—	—	131.67	132.38
1 jugoslawischer Dinar	—	—	—	—

Sonnenwinter.

Den Wetterpropheten hat der Februar einen empfindlichen Streich gespielt: statt des Winterlenges, den die angekündigte „Wärmewelle“ bringen sollte, haben wir stramme Kälte, am Tage verhöht durch die schon angenehm warm scheinenden Sonnenstrahlen. Und ist es am Ende nicht besser so? Die Umwertung aller Werte auch auf die Jahreszeiten anzuwenden, hat sein Bedenkliches; was nützt es uns, wenn wir im Februar uns paletlos sonnen, während der Mai mit seinen Frösten alle Vegetation vernichtet und schon sind diese sonnensichtigeren Tage, die der glücklicherweise vorhandenen Schneedecke so materische Reflexe verleihen. Und auch nützlich. Wäre es üblich, den Abschluß der Heuernte mit so feierlichem Gepränge, wie den der Roggenerte durch das Erntefest, zu begehen, so könnten heuer die Landwirte in den Niederungen sich festlich schmücken. Denn die auf den im Herbst überfluteten Wiesen liegenden Heuhaufen konnte man jetzt mit Tragbohren oder Schlitzen auf feste Sand bringen — hoffentlich mocht sich dieser Zuwachs an Futtermaterial in den Milchpreisen bemerkbar. Auch das Schilf und Rohr kann geerntet werden — es hilft der Strohknappheit ab.

Nur der arme Städter, der weder Heu noch Stroh, weder Korn noch Kartoffeln erntet, ist wirtschaftlich über den Rand gekommen. Die Kohlen, die Kleidung, die Stiefel sind mehr auf den Lenz als den Winter eingestellt. Die Jugend freilich leidet sich nicht an diese Klümmernisse, Schnee und Eis bedeuten für sie frohes Lummeln im Freien. Mit dem Sport und Sonnenschein geröteten Wangen kehren sie heim: „Mutter, ne Stelle — und noch eine.“ Das Winterbrot schwindet dahin, aber das Elternauge blickt doch trotz aller Sorgen wohlgefällig auf die kleine Schar . . . glückliche Jugend im Sonnenwinter!

Gesinde!

In der Borchgänger Straße zu Nichtenberg hat sich die Tragödie einer Alten abgespielt. Die 66 Jahre alte Witwe D. wurde erhängt aufgefunden. Langjährige Krankheit und völlige Blindheit sollen die Gründe zu dem letzten Schritt getrieben haben. Das ist gewiß ein trüber Fall, der das soziale Elend, die grausame Not der alleinstehenden alten Leute von neuem im trüben Lichte erscheinen läßt. Die „Rote Fahne“, die in dümmelsten demagogischen Hezereien zurzeit das menschenmögliche leistet, befaßt nun den Degen mit der Verantwortung für diesen Selbstmord. Sie findet, daß seine Stellung überflüssig sei und fragt, ob er nicht auf das damit verbundene Gehalt und die Pension verzichten sollte zugunsten der anderen Armen, die sich erst demnächst das Leben nehmen werden.

Es gehört sicher schon ein gut Teil Robustheit und kommunistische Unerschrockenheit dazu, sich mit einem solchen Fall in dieser Weise zu beschäftigen, besonders wenn die Kommunisten berücksichtigen, daß ja einer ihrer Stadträte, der Herr Stolt, ebenfalls ein annehmbares Gehalt bezieht, auf das die Hilfsbedürftigen in seinem Tätigkeitsbereich also auch ein gutes Anrecht haben. Im Bereich des Herrn Stolt und des Herrn Leh, der auch kommunistischer Stadtrat ist, werden dann die Selbstmorde alter Leute radikal abgeschafft sein. Bieleicht wird aber Herr Dörr, unkens Wissens der Verfasser solcher Subtilitäten in der „Roten Fahne“, der nach der Formel „Brot ist es, daß die Welt ist“, in das Rostauer Horn bläst, nach dem Ratfisch, den er anderen gibt, zunächst einmal selber auf die Gelder verzichten, die er und seine Kollegen aus Rußland in Gold beziehen.

Die neuen März-Mietzuschläge.

Wie wir hören, steht es noch nicht fest, ob der Oberpräsident die vom Magistrat beschlossene neue Mietzinsregelung, die am 1. März in Kraft treten soll, in allen Punkten genehmigen wird. Es schweben noch Verhandlungen über einige durch die neuen Beschlüsse aufgeworfene Fragen. Der Oberpräsident ist mit der Prüfung des Magistratsbeschlusses an Hand der tatsächlichen Unterlagen und der Forderungen der Vermieter und der Mieter beschäftigt und ist anscheinend bemüht, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften die sozialen Forderungen der Mieterschaft mit den Anforderungen einer gesunden Hauswirtschaft in Einklang zu bringen. In Mieterkreisen besteht die Befürchtung, daß es den Sozialrentnern, Kleinrentnern, Arbeitslosen usw. in nächster Zeit nicht mehr möglich sein wird, die Mieten auszubringen, wenn hier nicht schnell und durchgreifend geholfen wird. Sobald die Entscheidung der Aufsichtsbehörde vorliegt, werden wir die neue Mietzinsregelung im einzelnen erläutern.

Die Ausplünderung der Schuhkonsumenten.

Das Durcheinander auf dem Schuhwarenmarkt nimmt nach der geringen Erholung, die der Dollar in den letzten Tagen zwischen der Friedrichstraße und der Tauentzienstraße einerseits, den Straßen im Norden, Osten oder Süden geradezu ungeheuerliche Differenzen feststellen. Ein Paar Damenlackschuhe, die im Zentrum Berlins 80 000 M. kosten, sind in anderen Stadtvierteln für 40 000 bis 50 000 M. zu haben.

Ebenso liegen die Verhältnisse bei den Schuhreparaturen, die zum allergrößten Teil sich in einer durchaus unberechtigten Höhe halten. Für das Besohlen und Erneuern der Absätze werden heute von großen Schuhgeschäften Preise zwischen 14 000 bis 16 000 M. verlangt. Die kleineren Schuhmachereien dagegen verlangen für dieselbe Arbeit Preise zwischen 21 000 und 26 000 M. Den mit Recht erkauften Kunden wird besonders von den kleinen Schuhmachereien ein Tarif der Schuhmachereinnahme vorgelegt, in denen die Kalkulation für Erneuerung der Sohlen und Absätze enthalten ist. Die Schuhmachereinnahme liegt dabei den Preis für Sohlenleder mit 47 000 M. für ein Kilo Sohlenleder ein. Diese Preise waren allerdings Anfang dieses Monats berechnigt. Heute kostet das Kilo Leder dagegen 28 000 bis 30 000 M. Aus einem Kilogramm Leder vermag der Schuhmacher fünf Paar Sohlen und Absätze zu schneiden. Die Preise für Nagel, Wachs usw. betragen etwa 300 M. der Gehelmsohn für die Reparatur an jedem Paar Stiefel rund 2000 M. Wie uns von sachmännischer Seite mitgeteilt wird, ist also ein Reparaturpreis selbst von 15 000 M. schon sehr reichlich bemessen. Die darüber hinausgehenden Preisforderungen sind dogen ablat unbedenklich.

Nutzenmäßige Linienänderungen.

Man schreibt uns: In der Sonntagsnummer des „Vorm.“ vom 18. werden die Änderungen der Linienführung der Straßenbahn ab 19. Februar bekanntgegeben. Wenn man diese einer genaueren Durchsicht unterzieht, kommt man zu dem Schluß, daß die Straßenbahn mit dieser Linienänderung zum mindesten für einen großen Teil der Berliner Einwohner eine Verwertung bringt. Beispielsweise wird die Linie 44 von der Brunnenstraße in die bisherige und neue Linie 11 überführt. Die Bewohner der Beteranenstrasse und der Reichsblutgrenze Pantoms haben also jetzt, wenn sie in Moabit beschäftigt sind, von Ronolo, den 19. ab, täglich 200 M. mehr Fahrgehalt zu zahlen, weil sie gezwungen sind, um noch ihrer Arbeitsstätte zu kommen, Umsteigefahrtscheine zu lösen. Man sollte meinen, daß die Straßenbahn bei Linienänderungen auch etwas mehr Rücksicht auf das fahrende Publikum nehmen muß. Es ist beispielsweise nicht einzusehen, warum die Linien 50, 51, 57 und 151 alle von der Schönhauser Allee kommend durch die Luisenstraße über den Potsdamer Platz geleitet werden müssen. Wenn schon die Linie 44 umzuweichen war, so mußte zweifellos hierbei gleich in Betracht gezogen werden, ob nicht eins der vorerwähnten

Linien über Moabit nach Schöneberg geleitet werden kann. Bieleicht genügt ein Hinweis im „Vorm.“, um so schnell wie möglich eine Änderung dieses Zustandes herbeizuführen. Es ist hierbei noch ausdrücklich zu betonen, daß die Linie 10 zwar in den Morgenstunden von den Bewohnern der Schönhauser Allee ab Danziger Straße nach Moabit benutzt werden kann, daß aber in den Abendstunden auch diese Linie ab Moabit in Fortfall kommt, da sie nach 7 Uhr abends nur vom Steiner Bahnhof ab verkehrt.

Um den Milcheinheitspreis.

Margarinefabriken als Großverbraucher von Frischmilch.

Der Ausschuß für Volksernährung und der Volkswirtschaftliche Ausschuß im Deutschen Reichswirtschaftlichen Reichsverband, der Spitzenorganisation der Erzeuger und Rohstoffverarbeitenden, des Deutschen Städtebundes, der Deutschen Milchhändlervereinigungen und eine Anzahl landwirtschaftlicher Körperschaften tagten gestern gemeinsam, um zu einer gemeinschaftlichen Regelung der Milchpreise Stellung zu nehmen.

Die Milchlieferung liegt im ganzen Reich nach Ansicht der Ausschüsse sehr im argen. Berlin bekommt kaum 50 Prozent seines Bedarfs und hat ständig um die geringen Zufuhren zu kämpfen. Hamburg, das unmittelbar an die Schleswig-Holsteinische Milchammer grenzt, hat die höchsten Milchpreise; dann folgen Berlin, Frankfurt, das Rheinland, Bayern und Sachsen. In Sachsen liegen die Verhältnisse ganz besonders schwierig. Dort ist der Milchpreis durch die zuständigen Behörden künstlich sehr niedrig gehalten worden und infolgedessen können heute in Sachsen nur 25 Prozent der Kindermilch auf Karten geliefert werden. Notwendig ist nach Ansicht der Ausschüsse, die Bildung eines für ganz Deutschland gültigen Milchpreises. Allerdings müsse dann eine andere Berechnungsart für den Grundpreis gefunden werden als bisher. Zu diesem Zwecke sei es nötig, durch die zuständigen Behörden die Verwendung von Frischmilch für andere Zwecke als die der Verteilung an die Bevölkerung zu untersagen. Es gehe nicht an, daß, wie es neuerdings geschieht, einzelne große Margarinefabriken jetzt große Meiereien errichten und die dort gemommene Frischmilch restlos für die Margarinefabrikation verwenden. Ebenso sei es nicht angängig, die Trockenmilchfabriken mit Frischmilch zu beliefern, wie das ebenfalls vielfach geschehe. Bezüglich der Festsetzung von Höchstpreisen durch Städteverwaltungen wurde folgender Beschluß angenommen: Die Vereinigten Ausschüsse nehmen von dem Urteil des Reichsgerichts vom 16. Dezember 1922 Kenntnis, wonach der Ertrag des Reichsministeriums für Ernährung vom 30. April 1921 über die Festsetzung der Gültigkeit entbehrt und die Preisfestsetzung für Milch nur durch Vereinbarung aller Interessentengruppen möglich ist. Es läte sich auch die Konsumenten-Vertretungen mit diesen Fragen beschäftigen.

Raminski wird auf seinen Geisteszustand untersucht.

Das neue Strafverfahren der Masseneindredner Karl Bernoat und Otto Raminski, das auf Grund ihrer Gefährdungen eingeleitet worden war, nimmt einen ungeheuren Umfang an. Zwischen hat Rechtsanwalt Dr. Arthur Feld im Hinblick auf das in der letzten Hauptverhandlung hervorgetretene sonderbare Verhalten Raminski bei der Strafammer des Landgerichts III beantragt, Raminski auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Das Gericht hat jetzt auch diesem vom Gefängnisarzt Dr. Behnen unterzeichneten Antrag stattgegeben. Raminski wird in diesen Tagen zur Beobachtung nach der städtischen Irrenanstalt in Buch überführt werden.

Wie Getreide verteuert wird.

Anfang vorigen Jahres ermittelte der Verein gegen das Bestreben, das durch den Landwirt Erich Eichstädt in Redow durch Bestechung von Gutsbeamten Getreide zu erlangen suchte. In vierzehn Tagen hatte Eichstädt einige tausend Zentner vom Rittergut Biesdorf bei Berlin gekauft und dafür den ungeheuren Betrag von 7 Prozent des Rechnungswertes als „Provision“ gezahlt. Der Administrator des Rittergutes Biesdorf erklärte, er habe die Provision zwar einestweilen, aber an den Vermittler, einen Landwirt Högel in Charlottenburg, welcher Hilfsarbeiter beim Magistrat Berlin ist, ausbezahlt. Mangels ausreichender Beweise konnte Eichstädt nur wegen unerlaubten Handels zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt werden.

Schupo-Konzert für die Ruhrhilfe. Das gestern abend im Rarmorloal im Zoo obgehaltene Konzert des Orchestervereins der Schutzpolizei unter der Leitung von Clemens Schmalkitz gestaltet sich durch die Anwesenheit des Reichspräsidenten und des Reichslanzlers zu einem künstlerischen Ereignis. Neben den Vertretern der Reichsministerien war die gesamte preußische Staatsregierung, u. a. der Minister des Innern Severing und der Ministerialdirigent Dr. Abbege, sowie die Spitzen der städtischen Körperschaften und der Polizeipräsident von Berlin vertreten. Die Feier wurde eingeleitet durch ein Präludium in Es-Dur von Schmalkitz. Es folgte ein von Frau Henny Porten gesprochener Prolog, der in die Ermahnung ausklang, in Einigkeit und Treue zur schwergeprüften Bevölkerung von Rhein und Ruhr zu stehen. Frau Gertrud Bindernagel von der Staatsoper brachte die Arie aus „Oberon“ zum Vortrag. Nach einer Gesellschaftspause folgte ein Orchestervortrag aus dem Vorspiel der „Meistersinger“ und die Ansprache von Hans Söds, vorgetragen von Carl Braun von der Staatsoper. Der außerordentlich gute Besuch brachte einen erheblichen Betrag für die deutsche Volksopende. Dem Charakter der Veranstaltung entsprechend, hoben sich sämtliche Kräfte unter der Regie des Polizeimajors Söds unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Eine zweimalige Wiederholung ist in Aussicht genommen.

Gelder und Gelderinnen der Arbeitgemeinschaft der Kinderfreunde. Freitag, den 23. 8 Uhr, Sitzung im Zeigensheim, Schönfeldstr. 1.

Dreißehn Arbeiter unter einer Lawine begraben. Wie der „Trotter Anzeiger“ aus Innsbruck meldet, ist gestern beim Spuller Seemerl eine Lawine niedergegangen, die 13 Arbeiter verschüttete.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst gelinder, aber nicht trübe mit Niederlagen und Fröhen, zwischen Südost und Südwest schwankenden Winden, später zeitweise aufklarend und wieder etwas Milder.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

106. Mt. Johannisthal. Die Genossen werden ersucht, in der am Freitag abends 7 1/2 Uhr, bei Schneider, Friedrichstraße 6, stattfindenden Versammlung der Konsumgenossenschaft zahlreich teilzunehmen. Tagesordnung: „Wahl der Delegierten.“

Sport.

Tos 10. Berliner Gedächtnisrennen beginnt morgen. Freitag, abends 8 Uhr und endet am Donnerstag, 1. März, abends 10 Uhr. Drei Goldläufer, zwei Dänen und zwei Italiener gehen mit 19 deutschen Fahrern auf die Gedächtnisrennen. Die Fahrer sind zu folgenden Mannschaften zusammengestellt: van Kel-Abberger, de Craete-Bermer, Carl-Rigetto, Neuhof-Reinold, Wagnussen-Schreier, Gebrüder Gaisler, Wittig-Robl, Dänker-Siebert, Veranow-Tramer, Doktor Teis-Bauer, Arndt-Dahn, Rantzen-Berendt, Paute-Rustow. Die Wertungskämpfe sollen an jedem Tage um 2 Uhr nachts, nachmittags 4 Uhr und abends 10 Uhr ausgetragen werden.

Die heutigen Vorkämpfe im Sporplatz Reken dem Regier-Salzer den Italiener Spalla gegenüber. Ferner kämpfen Kaufs gegen Drebbel, Erich Kohler gegen Michelson und Koleski gegen Bill Fedu.

